

Radverkehr, Parkraum und E-Roller - UWG fokussiert sich auf Bürgervorschläge

Haushaltsanträge sollen wenig kostenintensiv realisiert werden können

Neustadt (tma). Die Haushaltsanträge der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) sind in diesem Jahr zurückhaltend, auffällig ist ein Fokus auf das Thema Verkehr und die meist kostengünstige Realisierungsmöglichkeit. „Wir sind uns als Fraktion im Klaren, dass der Haushalt dringend konsolidiert werden muss“, sagt der Fraktionsvorsitzende Willi Ostermann. Bei der Haushaltsklausur mit dem Verwaltungsvorstand seien die „unbequemen Zahlen“ immer wieder gefallen. „Trotzdem wollten wir für die Bürger wenig kostenintensiv auch etwas machen.“

Die Anträge basieren daher auf Erfahrungen und Ideen, die in den Bürgersprechstunden der UWG an die Parteimitglieder herangetragen wurden. „Es ist viel Verkehr, weil das die Leute bewegt“, so Ostermann. So soll etwa das Versetzen von Pollern an Theresenstraße sowie Von-Berckefeldt-Straße die Sicherheit für Fahrradfahrer erhöhen. Ein hoher Finanzaufwand ist dafür kaum zu erwarten, auch möchte die UWG eine Förderung prüfen lassen.

Mit Parkraumkonzept und ein Parkleitsystem sollen Baumaßnahmen die durch die Verkehrskonzepte angestoßen wurden, ergänzt werden. Der Bedarf an Parkplätzen wird etwa durch das Abwägen der verschiedenen Nutzungen ermittelt.

Auch eine Satzungsänderung fordert die UWG, um die Sondernutzung von E-Rollern auf-



Willi Ostermann (v. li.), Peter Hake und Günter Hahn von der UWG mit ihren Haushaltsanträgen für das neue Jahr.
Foto: Maibaum

zunehmen. „Wir wurden massiv von Bürgern auf das Thema hingewiesen“, so Ostermann. Statt eines Verbots visiert die UWG an, dass die Vehikel in der Innenstadt nur in beschränkter Zahl an festen Sammelparkplätzen abgestellt werden dürfen. Die Verleihgebühr müsse zudem so lange weiterlaufen, bis der Roller an einem offiziellen Parkplatz abgestellt wurde. Eine sogenannte Sondernutzungsgebühr könnte sogar neue Finanzmittel einbringen.

Ein Antrag, den die Mehrheitsfraktion im Stadtrat schon

aufgenommen hat, ist eine Informationspflicht der Stadt bei Bebauungsplänen zwecks Nachverdichtung. Betroffene Bürger sollen so rechtzeitig benachrichtigt werden. „Die Nachverdichtung hat immer wieder zu Irritationen der Bürger geführt“, heißt es aus der Fraktion. Auch in der aktuellen Ortsratsitzung war die Thematik in der Bürgersprechstunde.

Die Fortsetzung eines Haushaltsantrags aus dem vergangenen Jahr ist der Wunsch nach dem Bau eines Trinkwasserbrunnens in der Innenstadt.

In der Vergangenheit hatte die UWG noch die Trennung der Versorgung für Trink- und Nutzwasser gefordert: „Der Klimawandel wird uns einholen.“

Die Haushaltskonsolidierung möchte die Wählergemeinschaft aber nicht nur durch günstige Anträge erreichen. „Wir müssen neue Projekte auf den Prüfstand stellen“, sagt Ostermann. Von einem personellen Kahlschlag bei der Stadtverwaltung hält er nichts, sieht dort aber „Einsparpotential mit intelligenter Digitalisierung.“ Damit müsse man sich mehr auseinandersetzen.